

E 001: Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik – für Demokratie, Solidarität und Vielfalt

Laufende Nummer: 2045

| | |
|--|--|
| Antragsteller*in: | Gewerkschaftsrat |
| Status: | angenommen |
| Empfehlung der Antragskommission: | Annahme |
| Sachgebiet: | E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - 1. Allgemein |
| Schlagwörter: | Allgemein, Allgemein (SG E) |
| Antragsblock: | SG E - USG 1 Einzelabstimmung |
| Zusammenfassung der Änderungen: | Zeile 35: (Änderungsantrag E 001 - Ä 01) - Zeile 42 - angenommen 43: (Änderungsantrag E 001 - Ä 01) - Zeile 65: angenommen Zeile 69 - (Änderungsantrag E 001 - Ä 03) - 71: angenommen (Änderungsantrag E 001 - Ä 02 - Neu) - angenommen |
| Entscheidung: | <input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend: |

Der Bundeskongress beschließt:

1

2

3 *Gewerkschaftliche und gesellschaftliche Grundrechte verteidigen und*
4 *ausbauen*

5

6 Für die eigenen Rechte sich zu organisieren und gemeinsam solidarisch
7 einzusetzen, ungeachtet der sexuellen oder geschlechtlichen Identität oder
8 Orientierung, geografischer Herkunft, ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit,
9 für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen, materielle

10 und gesellschaftliche Teilhabe, Gleichberechtigung, Demokratie und
11 Frieden – das steht im Zentrum des gewerkschaftlichen Selbstverständnis
12 ses der ver.di, wie es auch in der ver.di-Grundsatzserklärung 2010 fest-
13 gehalten wurde. ver.di steht

14

15 • für Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Solidarität in
16 Vielfalt;

17

18

19 • gegen jede Form der Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten,
20 Persönlichkeitsrechten, von Presse- und Meinungsfreiheit. ver.di ver-
21 wahrt sich insbesondere gegen jegliche Eingriffe in das Grundrecht auf
22 Streik;

23

24

25 • gegen jede Form von Ausbeutung, Unterdrückung, Diskriminierung und
26 Rassismus.

27

28

29 Seit Anbeginn ist ver.di eine Gewerkschaft, die Einfluss nimmt auf
30 Gesellschaft, Staat, Gesetzgebung und Rechtsprechung im Sinne ihrer
31 aktuellen und potenziellen Mitglieder, um gewerkschaftliche und gesell-
32 schaftliche Grundrechte solidarisch zu verteidigen und auszubauen.
33 Diesen Pfad wird ver.di fortsetzen.

34

35 *Für Solidarität und Respekt, gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus*
und

36 *Fremdenfeindlichkeit*

37

38 Das gewerkschaftliche Engagement von ver.di gründet sich auf Solidarität
39 und Respekt gegenüber allen Menschen – unabhängig von Geschlecht,
40 Herkunft, Religion, Alter und Hautfarbe – mit dem Ziel, gemeinsam für die
41 Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller zu kämpfen. ver.di
42 stellt sich Nationalismus, Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus
und

43 Menschenfeindlichkeit entgegen, und

44

45 • beteiligt sich aktiv an Bündnissen und Protesten gegen Veranstaltungen
46 und andere Aktivitäten rechtspopulistischer und rechtsextremer
47 Organisationen und Parteien;

48

49

50 • klärt über die gewerkschafts- und demokratiefeindlichen Ziele und
51 Vorstellungen von Organisationen und Parteien wie der AfD auf;

52

53

54 • schließt eine Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen und rechts.
55 extremen Organisationen und Parteien aus;

56

57

58 • stellt rechtspopulistischen und rechtsextremen Organisationen oder
59 Parteien keine gewerkschaftlichen Räume zur Verfügung;

60

61

62 • lädt keine Funktionärinnen, Funktionäre, Mandatsträgerinnen und
63 Mandatsträger solcher Organisationen oder Parteien zu
64 Veranstaltungen von ver.di ein;

65

- geht vor Ort aktiv auf ver.di Mitglieder zu, die sich im oben beschriebenen Sinn gegen das Leitbild unserer ver.di äußern und erarbeitet mit ihnen den unauflösbaren Widerspruch zwischen gewerkschaftlicher Solidarität und rechtspopulistischem/rechtsextremistischem Weltbild

66

- schließt Personen, die sich in Wort, Schrift und/oder Tat rassistisch, menschenverachtend oder gewerkschaftsfeindlich äußern oder sich auf

69 diese Weise in Parteien oder anderen Organisationen aktiv engagieren, im
70 Rahmen der satzungsrechtlichen Möglichkeiten von der Mitgliedschaft
71 aus; Aktive Mitgliedschaft umfasst z.B. das Bekleiden von Mandaten, das
Bewerben um ein politisches Mandat sowie jeglicher Wahlkampf im Namen von
solchen Parteien oder Organisationen.

72

73

- erhöht das entsprechende Engagement politischer Bildungs- und Aufklärungsarbeit, insbesondere auf der Ebene von Betrieben, Verwaltungen und Bildungseinrichtungen.

77

78 *Migration und Flucht: Fair, menschengerecht und solidarisch*

79

80 ver.di setzt sich dafür ein, die Debatten um Einwanderung und Integration
81 zu versachlichen und Migration und Mobilität als gesellschaftlichen
82 Normalzustand in einer globalisierten Welt zu verstehen. ver.di begrüßt
83 daher die Verabschiedung des UN-Migrationspaktes durch 164 Mitglieds-
84 länder der Vereinten Nationen in Marrakesch vom Oktober 2018, der ein
85 globales Regelwerk schafft, in dem die unterschiedlichen Interessen von
86 Herkunfts-, Transit- und Aufnahmestaaten zusammenkommen – die im
87 Pakt festgelegten Grundsätze wie das Recht auf Zugang zur Gesundheits-
88 versorgung, das Recht auf schulische Bildung und Sprachkurse, die Ableh-
89 nung willkürlicher Inhaftierung und das Recht auf Zugang zu Arbeit bei

90 Einhaltung sozialer und arbeitsrechtlicher Standards, kommen dem Recht
91 von Migrant*innen auf menschenwürdige Behandlung nach und stärken
92 den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Aufnahmegesellschaften.

93 ver.di erwartet dementsprechend von der Bundesregierung, die dem UN-
94 Migrationspakt zugestimmt hat, eine konsequente und zügige Umsetzung.

95

96 Der prekäre Zugang zu Bildung, Wohnraum und Arbeitsplätzen, in öffentli-
97 che Institutionen und politische Ämter, von dem viele Migrantinnen und Mi-
98 granten heute betroffen sind, ist eine Folge der jahrelangen Verweigerung,
99 Einwanderung als gesellschaftliche Realität zu akzeptieren und zu gestal-
100 ten. Das Wachstum an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung geht
101 überwiegend auf die Zuwanderung von EU-Bürger*innen und Drittstaat-
102 ler*innen nach Deutschland zurück. Gleichzeitig nimmt auch die Vielfalt bei
103 den hier aufgewachsenen künftigen Beschäftigten zu, fast 50 Prozent der
104 Kinder und Jugendlichen in den Großstädten stammt aus Familien mit
105 Einwanderungsgeschichte.

106

107

108

109

110 Vor diesem Hintergrund wird ver.di

111 • die Anwendung des Prinzips „Gleiche Arbeit und gleiche Rechte bei
112 gleichem Lohn am gleichen Ort“ auf dem europäischen Arbeitsmarkt
113 verteidigen;

114

115

116 • sich für eine wirksame Bekämpfung von Ausbeutung, Lohn- und
117 Sozialdumping einsetzen;

118

119

- 120 • bei der Weiterführung des DGB-Projektes faire Mobilität, dem
121 Beratungsprojekt für ausländische Beschäftigte, mitwirken;
- 122
- 123
- 124 • einen aktiven Beitrag der Bundesagentur für Arbeit zur Überwindung
125 von Vorbehalten von Unternehmen bzgl. der Ausbildung von Jugendli-
126 chen mit Migrationshintergrund einfordern;
- 127
- 128
- 129 • Modellprojekte einfordern, bei denen Jugend- und Ausbildungsvertre-
130 tungen gemeinsam mit den arbeitsmarktpolitischen Akteuren der
131 Berufsberatung und -orientierung Ausbildungsabbruchsrissen von
132 Jugendlichen mit Migrationshintergrund identifizieren und abmildern;
- 133
- 134
- 135 • sich einsetzen für eine migrationssensible Weiterentwicklung und
136 Gestaltung der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie,
137 Informationen über Arbeitsschutz und Rehabilitation für Beschäftigte
138 mit Migrationshintergrund;
- 139
- 140
- 141 • Anspracheformate und Materialien für Erwerbstätige und Aus-
142 zubildende mit Migrationshintergrund weiterentwickeln und vermehrt
143 anbieten, insbesondere durch die Bereitstellung von Angeboten in
144 mehreren Sprachen;
- 145
- 146
- 147 • Potentiale für die Mitgliedergewinnung durch ein Gesamtkonzept für
148 Vielfalt bei ver.di erschließen.

149

150

151 Als Gewerkschaft der Vielfalt lehnt ver.di es ab, wenn ein „Wir“ gegen „die
152 Anderen“ ausgespielt wird – allen hier lebenden und arbeitenden Men-
153 schen dürfen grundlegende demokratische Rechte nicht abgesprochen
154 werden. Migrantische und nicht-migrantische Kolleginnen und Kollegen in
155 ver.di setzen sich für eine demokratische, offene Gesellschaft ein. In die-
156 sem Zusammenhang setzt ver.di die Unterstützung der Kampagne „Politi-
157 sche Partizipation jetzt – Wahlrecht für alle!“ fort, mit der wir uns für eine
158 Ausweitung des Wahlrechts auf Menschen, die bereits mehrere Jahre ihren
159 Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, aussprechen – zumal die Zahl
160 der Beschäftigten ohne Wahlrecht erheblich gestiegen ist (ca. jeder zehnte
161 Beschäftigte, jeder vierte Leiharbeiter) und fordert die Erleichterung der
162 Einbürgerung und Ermöglichung von Mehrstaatlichkeit.

163

164 ver.di setzt sich für eine humanitäre, solidarische und gerechte Flüchtlings-
165 politik ein. Menschen, die vor Krieg oder Bürgerkrieg fliehen oder in ihrer
166 Heimat wegen ihrer politischen Überzeugungen, ihrer sexuellen Orientie-
167 rung, ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit verfolgt werden, sollen
168 und müssen in Deutschland und Europa Schutz finden. Für ver.di ist das
169 Grundrecht auf Asyl und die Einhaltung der UN-Flüchtlingskonvention un-
170 antastbar. Die EU-Regelungen zum Schutz und zur Aufnahme von Geflüch-
171 teten haben sich jedoch als ungeeignet erwiesen, weil sie zu einer extrem
172 unfairen Lastenverteilung zwischen Peripherie- und Kernländern der EU
173 führen und die Abschottung der Grenzen das mörderische Geschäft der
174 Schlepper begünstigt. Daher wird ver.di

175

176 • sich weiter zusammen mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund und
177 dem DGB für ein EU-weites solidarisches System im Gegensatz zum
178 bestehenden Dublin-System zur Aufnahme und Integration von
179 Geflüchteten einsetzen, das menschenrechtliche Verpflichtungen um-
180 setzt und gemeinschaftlich finanziert wird. Dazu gehört auch, sichere

181 und legale Möglichkeiten zu schaffen, in der EU einen Antrag auf
182 Schutzgewährung zu stellen, und EU-Staaten zu unterstützen, die
183 besondere Lasten zu tragen haben.

184

185

186 • auf der Einhaltung der Menschenrechte bestehen und weiter ein-
187 fordern, dass Menschen, die bei ihrem Versuch nach Europa zu kom-
188 men, in Lebensgefahr geraten, gerettet werden müssen, um das
189 Sterben im Mittelmeer und rechtswidrige Rückführungen nach Libyen
190 zu beenden.

191

192

193 • sich dafür einsetzen, dass die Kriminalisierung ziviler Seenotrettung ein
194 Ende findet. Wir lehnen die Kriminalisierung von Kapitänen und Be-
195 satzungen von Schiffen ab, die ihren rechtlichen Verpflichtungen nach-
196 kommen und Menschen in Seenot retten. Während europäische
197 Staaten immer weniger Menschen retten und im März 2019 auf Druck
198 der italienischen Regierung die EU-Mission Sophia sogar ausgesetzt
199 wurde, kommen Handelsschiffe und Nichtregierungsorganisationen der
200 Verpflichtung zur Rettung auf See weiterhin nach. Die zivile Seenot-
201 rettung darf nicht in ihrer Arbeit behindert, sondern muss unterstützt
202 werden.

203

204

205 • sich weiterhin für mit den Arbeitgebern und ihren Verbänden ent-
206 wickelte Modelle einsetzen, in denen Arbeit, Integrationskurs und
207 Spracherwerb sowie die Aneignung beruflicher Kenntnisse für
208 Flüchtlinge miteinander verbunden und tarifiert werden.

209

210

211 • sich für die Schaffung einer rechtssicheren Aufenthaltserlaubnis für
212 Schüler*innen, Auszubildende und Studierende jenseits des Duldungs-
213 systems einsetzen, da eine Duldung nur der vorübergehenden Aus-
214 setzung einer geplanten Abschiebung gleichkommt. Dieses Bleiberecht
215 soll nach erfolgreich abgeschlossener/m Ausbildung/Studium entfristet
216 werden. Junge geflüchtete Menschen sind sonst wehrlos gegenüber
217 schlechten Ausbildungsbedingungen und Ausbeutung.

218

219

220 • analog zum sicheren Aufenthaltstitel bei der Ausbildung, einen sicheren
221 Aufenthalt für Geflüchtete in Beschäftigungsverhältnissen fordern.

222

223

224 ver.di begrüßt Projekte wie MigrAr in Hamburg und das bundesweite an
225 den DGB angegliederte Projekt Faire Integration, die eine gewerkschafts-
226 nahe arbeitsrechtliche Beratung für Geflüchtete anbieten.

227

228 ver.di begrüßt zudem den von der UN-Vollversammlung im November 2018
229 angenommenen globalen Pakt für Flüchtlinge (GCR) ausdrücklich und
230 fordert die Bundesregierung auf, einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung
231 der Hauptziele der internationalen Übereinkunft zu leisten und dadurch
232 eine weltweite effiziente Unterstützung für Flüchtlinge zu gewährleisten.

233

234 Darüber hinaus fordert ver.di die menschenwürdige Unterbringung und die
235 Einhaltung qualitativer Mindeststandards. Die von der Bundesregierung ge-
236 planten Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungszentren (AnkER) lehnt
237 ver.di ab. Vor der Verlängerung von Wohnsitzauflagen für anerkannte
238 Geflüchtete muss eine Evaluierung erfolgen, ob derartige Maßnahmen zur
239 Integration beitragen. Das Recht auf die freie Wahl des Wohnorts darf nicht
240 auf Dauer für bestimmte Bevölkerungsgruppen eingeschränkt bleiben.

241

242 ver.di wendet sich gegen Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan.